

## Der I.G.B. zur Einheitsfront.

In neuester Zeit haben sich der englischen Zeitschrift „Trade Union Unity“ (Gewerkschaftseinheit) ähnliche Blätter in Belgien, Holland und Deutschland beigelegt. An sich können solche Publikationen nur nützen. Denn die Einheit muss kommen, und wer sie in ehrlicher Weise fördert, macht sich um die Arbeiterklasse verdient. Mit dem Worte „Einheit“ wurde solange Unfug getrieben, und es musste solange als Deckadresse für tausend andere Dinge erhalten, dass ernsthafte Arbeiter auf dem Punkte angelangt sind, jedem den Rücken zu kehren, der das Wort Einheit in den Mund nimmt. Diese Stellungnahme ist begreiflich. Sie birgt jedoch eine der grössten Gefahren in sich: zermürbende Gleichgültigkeit. Tomski hat auf dem Parteitag der russischen kommunistischen Partei dieser Besorgnis in ernstesten Worten Ausdruck verliehen und einen Satz geprägt, der die Lage deutlich umschreibt. Er sagte nämlich, man solle entweder agitatorische Manöver machen, wie dies früher getan wurde oder aber sich ernsthaft mit dem Problem beschäftigen“,

Soll dies geschehen, so muss man sich in erster Linie darüber klar sein, dass die Einheit nicht nach kommunistischer Auffassung die Zerstörung der Amsterdamer Verbände bedeuten kann, sondern dass sich eben zwei Richtungen gegenüberstehen und versucht werden muss, ob und wie sie einander näher gebracht werden können. Das heisst, der Vermittler muss ehrlich und überlegen in der Mitte stehen und beiden Seiten die Hände reichen. Wer sich „ernsthaft mit dem Problem beschäftigen will“, müsste demnach auf die Untugenden und Tugenden der Amsterdamer, auf die guten und schlechten Seiten der russischen Stellungnahme auf internationalem Gebiet, auf die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Politik der dissidenten Organisationen hinweisen.

Besitzt man die nötige Selbständigkeit und Offenheit, so wäre in diesem Sinne allerlei zu sagen. So könnte z.B. einmal auf die nötige Unterscheidung zwischen der russischen Gewerkschaftspolitik in Russland selbst und der ausserrussischen für die dissidenten Organisationen der anderen Länder Richtung gebenden Gewerkschaftspolitik der Russen hingewiesen und deutlich gemacht werden, dass die russische Gewerkschaftspolitik in Russland von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden sollte als die ausserrussische Gewerkschaftspolitik. Damit würde die vom I.G.B. nie mitgemachte kleinliche Kritik der russischen Gewerkschaften, deren Aufrechterhaltung für alle Arbeiter so wichtig ist, wie die Aufrechterhaltung der Sowjetrepublik überhaupt, gegenstandslos. Andererseits müsste dann aber auch gesagt werden, dass die Russen, die im Interesse der Erhaltung ihres Staates in kurzer Zeit von einer starren kommunistischen Innenpolitik zu sehr gemässigten Auffassungen übergehen mussten, nicht den Fehler machen sollten, den ausserrussischen Arbeitern und Gewerkschaften eine Politik aufzuzwingen, die bei ihnen zu Hause noch lange nicht geklärt ist und ständige Veränderungen erfährt. Eine sehr dankbare Aufgabe wäre es ferner, die bis jetzt angestrebten und durchgeführten Einheitsfrontversuche sachlich und mit der nötigen selbständigen Stellungnahme nach beiden Seiten zu analysieren. Anstatt diese Versuche, die leider in fast allen Fällen gescheitert sind, totzuschweigen oder einseitig zu interpretieren, müsste untersucht werden, weshalb sie scheiterten und in welchen Punkten sich beide Parteien vielleicht auf einen anderen Standpunkt stellen müssen, damit in Zukunft mehr Aussicht auf Erfolg besteht. Anstatt die in der Frage des Volksentscheides über die Fürstenenteignung in Deutschland herbeigeführte Einheitsfront im voraus mit allerlei Superlativen als grossen Erfolg zu buchen, („Die Einheit“, Nr. 1) hätte gewarnt und gesagt werden können, weshalb sehr ähnliche Versuche in Deutschland früher scheiterten. Dies hätte vielleicht dazu beigetragen, dass der Versuch nicht aus den gleichen Gründen wie frühere Versuche misslungen wäre, d.h. weil Kommunisten die Einheitsfront benützen, um ihrem Partner nach Möglichkeit zu schaden, und! wie der Kommunistenführer Thälmann sagte, „die Sozialdemokratie zu verwirren“ und „gegen die Gewerkschaften Einheitskomitees zu bilden“. Endlich müsste man den Mut haben, zu sagen, dass die Einheit sogar schädlich ist, wenn sie nicht Zusammenarbeit bedeuten kann, sondern nur Verwirrung bringen und die jetzige Tätigkeit der Amsterdamer Verbände, so gering sie auch nach Ansicht der Kommunisten sein mag, ganz lähmen soll. Eine solche negative „Einheitsfront“-Politik liesse sich taktisch nur rechtfertigen, wenn tatsächlich die Aussicht bestände, die Amsterdamer zu vernichten. Dass dies nicht möglich ist, dürften nun die Kommunisten allmählich eingesehen haben. Endlich wäre über andere Einheitsfrontversuche in anderen Ländern zu berichten, die auf anderer Grundlage versucht und psychologisch deshalb auch von andern Gesichtspunkten aus beurteilt werden müssten, was wiederum gilt für die Einheitsfrontversuche und bereits hergestellten Einheitsfronten in den internationalen Berufssekretariaten.

Besitzt man die für eine solche sachliche konstruktive Kritik nötige geistige Unabhängigkeit nicht und beschränkt man sich, wie dies die erwähnten neuen Zeitschriften tun, darauf, in eintöniger Weise' Allgemeinheiten zu sagen, und die Einheit mit verschwommenen Worten über die „Umstellung in der Gemütsverfassung“ usw. anzupreisen, so spielt man lediglich einen Akt der Oper, von der Tomsky sagte: „Man singt: Wir laufen, laufen, laufen, und man bleibt dabei auf einem Flecken stehen“. Merkt aber der Leser zudem nach der Lektüre der zweiten Nummer, dass diese Zeitschriften in keiner Weise als Vermittler betrachtet werden können, sondern nur den neuen Partner als Sünder hinstellen und sich über den anderen in allen Sprachen ausschweigen, so schaden sie viel mehr als sie nützen. Ihr Schicksal muss sein, dass sie nach kurzer Zeit auch noch das bisschen Werkkraft einbüssen, das sie vielleicht zu Beginn gehabt haben.

Der öffentliche Dienst, 26.2.1926.

Oeffentlicher Dienst, Der > Einheitsfront. IGB. OeD, 1926-02-26